FDP Marburg-Biedenkopf

NEUBAU FEUERWEHRGERÄTEHAUS IST UNUMGÄNGLICH

22.07.2020

Stadtallendorf. Die FDP im Stadtparlament fordert eine priorisierte Durchführung des Neubaus, der sich bereits seit März 2017 in der Planung befindet. Insbesondere der anstehende Weiterbau der A49 zeige die Notwendigkeit des Projektes, wie Thomas Seinsoth für die Fraktion hervorhebt. Gleichzeitig müssten die Kosten stärker im Auge behalten und nach Möglichkeit gedämpft werden.

„Die Klage gegen die A49 wurde abgewiesen, sodass der Weiterbau noch in diesem Jahr beginnen kann. Das begrüßen wir ausdrücklich. Allerdings hat das auch Folgen für die Verkehrssicherheit: Durch die zahlreichen notwendigen Umleitungen wird sich das Unfallrisiko erhöhen. Unsere Einsatzkräfte brauchen eine hervorragende Infrastruktur, um den dadurch steigenden Anforderungen gerecht werden zu können. Deshalb fordern wir, den Neubau des Feuerwehrgerätehauses ohne weitere Verzögerung anzugehen.“, so Seinsoth.

„Bedenken haben wir jedoch, was die Kosten angeht: Mit dem Bau wurde ein Planungsbüro beauftragt, das schon vergangene Projekte für die Stadt mit höheren Kosten abgeschlossen hat als ursprünglich angesetzt. Auch jetzt zeichnen sich immense Kostensteigerungen ab. Der Bau wird sich insgesamt um 2,2 Millionen Euro verteuern, 718.000 davon allein durch die verzögerte Planung seit 2017 verursacht. Das ist aber noch nicht alles: Auch durch Anschaffung von Technik und Equipment werden zusätzliche Kosten entstehen. Außerdem wird man über eine Stelle für einen weiteren hauptamtlichen Gerätewart nachdenken müssen, damit eine ständige Nutzung der Geräte möglich ist. Auch diese Folgekosten müssen beachtet werden. Die Stadt hat leider noch nicht dargestellt, ob Kosten durch gemeinsame Nutzung der Geräte mit anderen Kommunen eingespart werden können und wenn ja in welcher Höhe dies möglich wäre.“, erklärt der

Abgerufen am 19.11.2026 unter https://marburg-biedenkopf.fdp-hessen.de/?p=1023

Stadtverordnete.

„Das Projekt muss nun schnell abgeschlossen werden. Festzuhalten bleibt aber auch, dass die durch Planung und Vergabe entstandenen zusätzlichen Kosten eine enorme Belastung für den Steuerzahler darstellen. Wir werden daher bezüglich des Kostenaufwandes einen Prüfantrag stellen.“, schließt Seinsoth.

Abgerufen am 19.11.2026 unter https://marburg-biedenkopf.fdp-hessen.de/?p=1023